

Brief zur Migrations-/Asylpolitik zur Bundestagswahl 2025:

Antworten der Politiker:innen

David Dietz, FDP (Antwort vom 04.02.25)

Sehr geehrte Frau Kissel,

wie Sie vielleicht der Berichterstattung der Allgemeinen Zeitung (AZ) vom vergangenen Wochenende entnommen oder es auf meinen Beiträgen bei meinen Social-Media-Kanälen nachlesen können, betrachte ich die Diskussionen und Entwicklungen sehr differenziert.

Ich glaube, dass eine andere, restriktivere Migrationspolitik vonnöten ist. Gleichzeitig gilt es zu konstatieren, dass die "Ampel- Regierung" in den vergangenen drei Jahren viele Maßnahmen, Gesetzesverschärfungen und auch tatsächliche Änderungen auf den Weg gebracht hat. Die Zahlen hierzu sind sehr eindeutig, auch wenn gerade die Probleme rund um die irreguläre Einreise nicht signifikant gelöst werden konnten.

Da nicht zuletzt auch die SPD entsprechende Forderungen nach einer kontrollierenderen Migrationspolitik in ihr Wahlprogramm aufgebommen hat, bleibt es nicht nur Verpflichtung der Parteien der politischen Mitte, auch an dieser Stelle zu gemeinsamen Lösungsansätze zu kommen. Vielmehr ist es m. E. nach der Bundestagswahl auch möglich entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Ich hatte mich am Freitag sehr gefreut, dass die Fraktion der FDP mit ihrem Antrag auf Rücküberweisung in den zuständigen Ausschuss genau diesen Versuch unternommen hat, die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und den Grünen zu gemeinsamen Verhandlungen zu bewegen. Leider war dieser Versuch nicht von Erfolg gekrönt. Ich selbst hätte dafür plädiert, diesen Antrag dann zu stellen, weil eine Debatte in der Sache drei Wochen vor der Wahl erkennbar wenig Aussicht auf substanzielle Behandlung hatte. Für eine "Showveranstaltung" (meine Wortwahl im Rahmen einer Podiumsdiskussion und eines Empfangs, beides am Freitag) ist das Thema zu wichtig.

Auch dem Entschließungsantrag der Union vom vergangenen Mittwoch hätte ich inhaltlich nicht zustimmen können. Allein der sehr holzschnittartige Ansatz, alle Menschen ohne legalen Aufenthaltstitel unverzüglich bis zur Ausweisung zu internieren und das ohne zu unterscheiden, ob da Menschen in Arbeit oder Ausbildung sind, hier Familie haben oder im lokalen Umfeld integriert sind, verhindert meine Zustimmung. Auch der Punkt, die deutsche Grenzen dauerhaft zu schliessen ist für mich als klassischen Liberalen so nicht überzeugend.

Gleichzeitig empfinde ich die Diskursverengung als so wenig zielführend, wie die Weigerung von Friedrich Merz, über die inhaltlichen Punkte des Antrags diskutieren zu wollen. Beides betrachte ich als nicht in unserer demokratisch-parlamentarischen politischen stehend.

Deshalb bleiben, gerade nach der vergangenen Woche, die Parteien der politischen Mitte gefordert, ab dem 24. Februar den Konsens wieder ins Zentrum der politischen Bemühungen zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen,

David Dietz

Thomas Völker, Die Linke (Antwort vom 04.02.25)

Sehr geehrte Frau Kissel,

liebe Aktive von pax Christi,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben, welchem ich mich nur aus vollem Herzen und ohne Abstriche anschließen kann.

Die Linke streitet auf allen Ebenen entschieden gegen den Rechtsruck, im Gegensatz zu (leider) allen anderen Parteien im Deutschen Bundestag, die diesen Weg mehr oder weniger eingeschlagen haben.

Der berechtigte Aufschrei über die Kumpanei der CDU, FDP und des BSW mit der AfD darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass leider auch SPD und Grüne inzwischen deutlich nach rechts gerückt sind in dieser Frage. Das Gemeinsame Europäische Asysystem GEAS, die Einführung der Bezahlkarte und die gleichzeitige Kürzung bei den Migrationsberatungsstellen und Deutschsprachkursen fallen auch unter ihre Mitverantwortung.

Die Linke hat sich diesem Rechtsschwenk verweigert und wird dies auch zukünftig tun. Das ist auch für mich eine klare Position.

Ich darf Ihnen ein aktuelles Flugblatt, welches wir im Moment bei mir im Wahlkreis verteilen zu den konkreten Vorschlägen beifügen.

Solidarische Grüße

Thomas Völker

Michel Zörb, Die GRÜNEN (Antwort vom 04.02.25)

Sehr geehrte Frau Kissel,

ihr Anliegen unterstütze ich voll und ganz!

Gerne können Sie dies auch veröffentlichen.

Viele Grüße

Michel Zörb

Nadine Ruf, SPD (Antwort vom 05.02.25)

Sehr geehrte Frau Kissel, sehr geehrte Frau Margraf-Epe, sehr geehrter Herr Meinhardt, sehr geehrter Herr Mohr,

vielen Dank für Ihr Schreiben und für Ihre eindringlichen Worte. Es gibt mir Rückenwind und Kraft, Sie als Unterstützer:innen einer menschlichen Migrations- und Asylpolitik an meiner Seite zu wissen.

Es hat mich zutiefst schockiert, wie CDU/CSU, FDP und BSW letzte Woche agiert haben. Mittwochmittag habe ich einen Vertreter der jüdischen Gemeinde in Wiesbaden im Bundestag empfangen, der gemeinsam mit mir am Gedenken anlässlich des 80. Jahrestags der Befreiung Auschwitz teilgenommen hat. Wenige Stunden später hatte ich den Eindruck, die schreckliche Geschichte unseres Landes wiederholt sich. Und wofür haben Union, FDP und BSW die Brandmauer gegen die extreme Rechte eingerissen? Für einen Entschließungsantrag und einen Gesetzentwurf, die weder zielführend noch rechtskonform sind.

Ich bin sehr erleichtert, dass der Gesetzentwurf der Union keine Mehrheit im Bundestag gefunden hat. Denn die Pläne, die die Union in dieser Woche zur Migrationspolitik in den Bundestag eingebracht hat, sind nicht durchdacht und verstoßen gegen Europa-, internationales und Verfassungsrecht.

Als Mutter bedrückt es mich besonders, dass die Union eine vollständige dauerhafte Abschaffung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte durchsetzen wollte. Das ist völkerrechtlich bedenklich. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kann der Familiennachzug für diese Personengruppe lediglich temporär, aber nicht dauerhaft ohne Einzelfallprüfung ausgeschlossen werden. Zudem ist Familiennachzug nach geltendem Recht schon nur noch möglich im Rahmen eines Ermessens aus humanitären Gründen, zudem gilt eine Kontingentierung von max. 1000 Personen pro Monat. Das Kontingent wurde oftmals nicht ausgeschöpft.

Seit über 30 Jahren bin ich Mitglied der SPD. Ich bin als Schülerin in die Partei eingetreten, weil ich mich politisch gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit einsetzen wollte. Die schrecklichen Anschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete in den 90er-Jahren haben mich politisiert. Den Kampf gegen menschenfeindliche Ideologie führe ich als Bundestagsabgeordnete fort.

Ich greife gerne Ihren Appell »Integration statt Abschreckung« auf und werde mich gemeinsam mit meiner Partei weiterhin dafür einsetzen, dass das Recht auf Asyl durchsetzbar bleibt und zugewanderte Menschen in unserem Land gut in der Gesellschaft ankommen können. Als Sozialdemokratin weiß ich, welche wichtige Rolle die Arbeit im Leben der Menschen spielt. Deshalb bin ich stolz, dass wir in dieser Legislaturperiode die Fachkräfteeinwanderung modernisiert und durch das Chancenaufenthaltsrecht, Menschen nach jahrelangen Ketten-Duldungen eine Perspektive geben.

Sehr gerne dürfen Sie meine Antwort veröffentlichen. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement für die Menschenwürde und hoffe, dass wir gemeinsam zum gesellschaftlichen Frieden in unserem Land beitragen können.

Mit freundlichen Grüßen
Nadine Ruf

Alexander Müller, FDP (Antwort vom 06.02.25)

Sehr geehrte Frau Kissel,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben. Eine große Mehrheit der Bürger wünscht sich in der Migrationspolitik eine Wende. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Deutschland ein offenes und für ausländische Fachkräfte attraktives Land bleibt. Daher haben wir in der Bundesregierung erfolgreich eine Vereinfachung der Einbürgerung und eine entsprechende Reform des Staatsbürgerrechtes erreicht und kämpfen für eine erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Parallel dazu ist es aber auch wichtig, dass bestehende Gesetze Anwendung finden und etwa ausreisepflichtige Personen ohne Bleibeperspektive das Land verlassen. Um beide Ziele, Offenheit sowie Rechtsstaatlichkeit, zu bewahren, setzen wir auf die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien der Mitte.

Gerne können Sie diese Aussage veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Martin Bieber, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Thomas Pauls, CDU (Antwort vom 06.02.25)

Sehr geehrte Frau Kissel,

Ihre Sorge um die Wahrung der Menschenrechte und der Humanität im Bereich der Fluchtmigration teilen wir ausdrücklich.

Insbesondere bestürzt uns der Zustand des Europäischen Asylsystems. Denn wir müssen zum einen feststellen, dass die Fluchtrouten nach Europa zu den tödlichsten der Welt gehören. Dies wird unserer Ansicht nach durch die Ausgestaltung unseres jetzigen Asylsystems verschärft. Zum anderen müssen wir feststellen, dass unser jetziges europäisches Asylsystem dysfunktional ist und die Rechtsdurchsetzung in verschiedenen Bereichen scheitert. Insbesondere hinsichtlich des Dublin-Systems müssen wir erkennen, dass es faktisch zusammengebrochen ist.

Unsere große Befürchtung ist, dass die mangelnde Rechtsdurchsetzung weiter voranschreitet und das europäische Asylsystem so weit aushöhlt, dass am Ende das Asylrecht selbst irreversiblen Schaden nimmt. Auch sehen wir, dass es Staaten in der Europäischen Union – und auch politische Kräfte in Deutschland – gibt, die angesichts der in den letzten Jahren gewachsenen Zahlen Schutzsuchender, gar kein Asylrecht wollen.

Das ist nicht der Weg der deutschen Christdemokratie. Die CDU steht dafür ein, das Recht auf Asyl zu wahren und möchte dazu das europäische Asylrecht neugestalten. Wir bekennen uns aus fester Überzeugung und mit Nachdruck zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Beide Konventionen enthalten jedoch nicht das Recht, sich das Land des Asylverfahrens oder des Schutzes auszusuchen. Somit können auch

Nicht-EU-Staaten Asylverfahren durchführen und Schutz gewähren – solange sie die Genfer Flüchtlingskonvention und Europäische Menschenrechtskonvention befolgen und man sicher sein kann, dass sie Schutzberechtigte nicht abschieben werden. Umfassende vertragliche Vereinbarungen sollen dazu mit diesen Staaten vereinbart werden. Es ist daher nicht so, dass es unser Vorschlag ist, den rechtlich verankerten Anspruch auf die Prüfung eines Asylgesuchs abzuschaffen. Denn wer eine europäische Grenze erreicht, soll auch weiterhin einen Anspruch haben, dass sein Asylgesuch geprüft wird – jedoch nicht in einem EU-Staat.

Zusätzlich dazu möchten wir mit Kontingenten besonders vulnerablen Personen Schutz in Europa gewähren. Wir möchten damit das europäische Asylsystem humaner gestalten. Derzeit richtet es sich nicht an die Bedürftigsten. Wer zu alt, zu schwach, zu arm oder zu krank ist, kann sich nicht auf den gefährlichen und oft tödlichen Weg durch die Wüsten Afrikas oder das Mittelmeer machen. Insbesondere Frauen und Kinder sind heute faktisch von einem Recht auf Asyl in der EU ausgeschlossen. Auf dem Weg nach Europa gilt das Recht des Stärkeren. Dem wollen wir ein Ende setzen.

Humanität leitet uns nicht nur im Hinblick auf die Ausgestaltung des europäischen Asylsystems, sondern auch auf unseren Umgang mit Geflüchteten in Deutschland. Im weltweiten Vergleich liegt Deutschland unter den Top 5 der größten Aufnahmeländer von Geflüchteten. Darauf sind wir stolz. Wir stehen aber auch in der Verantwortung, denjenigen, die Schutz bei uns bekommen, diesen auch angemessen zu gewähren. Dazu gehört auch, dass wir ihnen würdige Unterkünfte und Wohnungen sowie Integrationsmöglichkeiten bieten wollen: Integrationskurse, Schul- und Kitaplätze. Wir wollen, dass Integration gelingt und Schutzbedürftige bei uns ein wirkliches Zuhause finden können. Aktuell berichten aber viele Kommunen, dass ihre Infrastruktur, unser Wohnungsmarkt, unsere Schulen und Kindertagesstätten vielerorts an ihre Belastungsgrenze kommen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Haltung nachvollziehen können.

Mit freundlichem Gruß

Thomas Pauls

Gerhard Trabert, Die LINKE (Antwort vom 06.02.25)

Sehr geehrte Frau Kissel,

vielen Dank für Ihre Anfrage und Ihre so wichtige Initiative. Es freut uns sehr, dass Sie das Thema so differenziert und auf Grundlage von Menschenrechten und Nächstenliebe beurteilen.

Herr Trabert ist leider aktuell schwer erkrankt und kann nicht selbst antworten, aber er hatte sich in der Vergangenheit unzählige Male zu diesem Thema geäußert und ich bin absolut überzeugt, dass er Ihren Brief aus ganzen Herzen unterstützt.

Herr Trabert war seit Jahrzehnten als Arzt im Einsatz in Kriegs- und Krisengebieten, unter

anderem in Afghanistan, Haïti in Nordsyrien und im Irak; er weiß also um die Herausforderungen in Zeiten von Katastrophen und war stets bedacht, sein Bestes zu tun, um hier zu helfen und sich für das Wohlergehen der Menschen einzusetzen. Auch im Mittelmeer nahm er 6 mal an Seenotrettungsmissionen teil (zuletzt 2024), half flüchtenden Menschen in Sicherheit und musste gleichzeitig mit ansehen, wie viele es leider nicht geschafft hatten. Er setzte sich für Vereinskoooperationen auf der ganzen Welt ein; so unterstützt sein Verein Armut und Gesundheit in Deutschland e. V. beispielsweise geflüchtete Menschen auf Lesbos und in der Ukraine. Herr Trabert setzte sich dafür ein und schaffte es, dass mehrere besonders schutzbedürftige Menschen mit Behinderungen aus den menschenunwürdigen Camps in Lesbos nach Deutschland und in andere Länder auf dem europäischen Festland evakuiert werden und versorgt werden konnten. In Mainz initiierte und unterstützte er Projekte, die geflüchtete Menschen unterstützen, nachhaltig. Deutschland- und europaweit unterstützte er zahlreiche Bündnisse zu dem Thema. In seinen Vorträgen und politischen Reden adressierte er rassistische, menschenrechtsfeindliche Verhaltensweisen von politischen Entscheidungsträger*innen immer ganz konkret.

Die Inhalte auf seiner Website sind nicht ganz aktuell, aber gelten nach wie vor. In seinem Wahlprogramm setzte der Flucht und Migration als eines von 3 Hauptthemen:

<https://gerhardtrabert.de/flucht-migration/>

Sie können aus meinem obigen Text oder aus der Website gerne zitieren.

Außerdem möchte ich Ihnen den Podcast der Dominikanerinnen „Mit anderen Wortfehlen. In der ersten Episode "Mit Herz und Hand – Mitgefühl in der Gemeinschaftsarbeit" sprach Maja Ellmenreich mit Schwester Klarissa Watermann und Gerhard Trabert über die Arbeit mit wohnungslosen und geflüchteten Menschen: <https://mit-anderen-worten.podigee.io/1-mit-herz-und-hand>

Auf der Seite finden Sie auch ein Transkript, aus dem Sie gerne zitieren können.

Herzliche Grüße
Carmen Mauerer

Magdalena Depta-Wollenhaupt, Die LINKE (Antwort vom 07.02.25)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre wichtige Initiative und Ihr Engagement für eine menschenwürdige und verantwortungsvolle Migrations- und Asylpolitik. Ihre Worte sind in der aktuellen politischen Debatte von großer Bedeutung!

Es ist verwerflich und grundlegend falsch, dass Migrationspolitik diskursiv als Sicherheitsproblem dargestellt wird. Diese Rhetorik kriminalisiert Migrant:innen und Geflüchtete. Es ist niederträchtig, von Menschen zu sprechen, als seien sie Gegenstände oder eine zu verwaltende Masse. Wir müssen uns entschieden gegen diese Entmenschlichung stellen und die Würde jedes Einzelnen in den Mittelpunkt rücken.

Es sei daran erinnert, dass die Verankerung des Asylrechts im Grundgesetz von 1949 auch eine Referenz auf jene Menschen darstellt, die nach 1933 vor Nazis fliehen mussten und häufig auf Schwierigkeiten bei der Aufnahme in anderen Ländern stießen. Das Asylrecht ist ein fundamentales Menschenrecht, dessen Substanz bereits unter der Ampelkoalition geschwächt wurde. Es obliegt uns, dieses essenzielle Recht nicht weiter einzuschränken, sondern es vielmehr zu stärken.

Als Linke bekennen wir uns bzw. ich mich zu einer solidarischen und sozialen Einwanderungsgesellschaft. Deutschland verfügt über die notwendigen finanziellen Mittel, um eine humane und effektive Integrationspolitik umzusetzen. Diese Ressourcen sollten gezielt für Integrationskurse und unterstützende Strukturen eingesetzt werden. Eine schnelle und umfassende Integration ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Einwanderungsgesellschaft. Maßnahmen hierfür sind: Sprachförderung, rasche Arbeitsmarktintegration (bessere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen), dezentrale Unterbringung in Wohnungen statt in Massenunterkünften, schneller Zugang zu Bildungseinrichtungen von Kindern und Jugendlichen, ein umfassender Zugang zum Gesundheitssystem und die Förderung von Begegnungsmöglichkeiten und interkulturellem Austausch.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, eine Migrations- und Asylpolitik zu gestalten, die auf Menschenrechten, Solidarität und gegenseitigem Respekt basiert. Nur so können wir eine Zukunft schaffen, in der Vielfalt als Bereicherung erkannt und gelebt wird.

Mit freundlichen Grüßen,

Magdalena Depta-Wollenhaupt

Katerina Garcia, die GRÜNEN (Antwort vom 09.02.25)

Sehr geehrte Frau Kissel,

ich habe selbst zwei Jahre das Projekt Wirtschaft integriert in Hessen begleitet, das gezielt Menschen mit Deutschförderbedarf z.B. Geflüchtete bei der Ausbildung begleitet. Gerade für das Handwerk konnten auf diese Weise wertvolle Fachkräfte gewonnen werden, die teilweise nun selbst als Meisterinnen und Meister selbst erfolgreich tätig sind und Arbeitsplätze schaffen.

Die aktuelle Migrationsdebatte im Wahlkampf wird angesichts einer Reihe von grausamen Verbrechen einzelner Personen hochemotional geführt. Schon seit längerem wird aber auch gezielt ein Klima geschürt, in dem Hass gegen Menschen mit Migrationshintergrund wächst und sie zum Sündenbock für alles gemacht werden, was nicht gut läuft. Dementgegen gilt es die Debatte zu versachlichen, unterschiedliche Aspekte differenziert zu betrachten.

Insbesondere als Folge des verbrecherischen Krieges der russischen Führung in der Ukraine ist die Zahl der Geflüchteten in Deutschland hoch. Viele der dort lebenden Menschen mussten fliehen, Deutschland hat mehr als eine Million aufgenommen. Auch die politische Situation in Afghanistan und Syrien veranlasste Menschen nach Europa zu fliehen. Zahlreiche Kommunen

sehen sich bei Unterbringung und Integration an den Grenzen ihrer Möglichkeiten. Es besteht Handlungsbedarf, sowohl bei Ausreisepflichtigen und der Gewährleistung der inneren Sicherheit wie auch bei Integrationsmaßnahmen (Erwerb der deutschen Sprache und Eingliederung in den Arbeitsmarkt). Dabei ist das Grundrecht auf Asyl eine Konsequenz aus den Erfahrungen des NS-Terrorregimes. Wir GRÜNE wehren uns gegen jeden Versuch, es abzuschaffen oder auszutrocknen. Das Geflüchteten-Thema kann nur europäisch gelöst werden. Wir bestehen darauf, dass Maßnahmen zum Umgang mit Geflüchteten wie auch zur inneren Sicherheit rechtskonform sein müssen und dem Grundgesetz wie auch europäischem Recht entsprechen.

Gleichzeitig muss zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit eine Reihe von Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden. Dazu gehören eine Kooperationspflicht für Behörden, engmaschige Überwachung und konsequente Abschiebung nichtdeutscher Gefährder und eine rasche Umsetzung des gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ich möchte mich auch dafür einsetzen, dass Menschen, auch gerade Frauen und Mädchen sich in der Öffentlichkeit wieder sicher in der können. Aus meiner Sicht beginnt es dabei nicht zu tolerieren, dass Männer z.B. durch „Catcalling“ sexuell anzügliches Rufen, Reden, Pfeifen oder sonstige Laute im öffentlichen Raum Frauen und Mädchen belästigen.

Statt nur auf Abwehr von Geflüchteten zu setzen, muss die Bekämpfung von Fluchtursachen intensiviert werden. Menschen fliehen vor Krieg, Hunger und Armut und werden zunehmend auch von den Folgen der Klimakatastrophe vertrieben, die ganze Regionen unbewohnbar zu machen droht. Mit einer Politik, die – national wie international – den Reichtum und Chancen gerechter verteilt und mit konsequentem Klimaschutz können wir dazu beitragen, Fluchtursachen zu bekämpfen.

Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen brauchen wir Zuwanderung. Unternehmerverbände sprechen von rd. 400.000 jährlich, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Geflüchtete, die die deutsche Sprache erlernen und ggf. beruflich qualifiziert werden, können hier einen Beitrag leisten. Der Fachkräftemangel kann so aber nicht gelöst werden. Dazu bedarf es auch weiterer gezielter Anwerbung im Ausland sowie Qualifizierung von einheimischen Arbeitslosen ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Beste Grüße

Katerina Garcia

Sören Bartol, SPD (Antwort vom 10.02.25)

Sehr geehrte Frau Margraf-Epe, sehr geehrter Herr Meinhardt, sehr geehrter Herr Mohr, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Zuschrift und die damit zum Ausdruck gebrachten Sorgen und Wünsche an uns als älteste demokratische Partei Deutschlands. Zunächst einmal gilt für uns als Sozialdemokratie, dass das Recht auf Asyl, festgeschrieben in unserem Grundgesetz, niemals zur Disposition stehen darf. Gleichzeitig dürfen wir uns als Gesellschaft nicht von denjenigen Kräften auseinanderdividieren lassen, die versuchen, uns durch Hass und Hetze zu spalten

und in „uns“ und „die anderen“ zu unterteilen. Wir stehen für eine tolerante, bunte und offene Gesellschaft, die sich zur Würde jedes einzelnen Menschen bekennt und diese sowie alle individuellen Freiheiten, die in unserem Grundgesetz festgeschrieben sind, vertritt und wertschätzt. Deshalb verurteilen wir aufs Schärfste jeden etwaigen Versuch unserer demokratischen Mitbewerber mit Stimmen der Rechtsextremen Mehrheiten für Anträge und Gesetzesentwürfe zu organisieren, so wie es in der letzten Sitzungswoche des Bundestages vor der Bundestagswahl passiert ist. Dieser Tabubruch ist nicht zu entschuldigen. Als Sozialdemokratie erachten wir das Thema Migration als große Chance für unsere Gesellschaft. Bereits heute sind viele Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte fester Bestandteil unserer Gesellschaft und deutsche Staatsbürger, die bspw. Berufe in der kritischen Infrastruktur ausüben, zum allgemeinen Wohlstand beitragen und durch ihre Steuer- und Sozialversicherungsabgaben unseren Staat mittragen. Die demografische Entwicklung ist ebenfalls eindeutig: wir brauchen Zuwanderung, damit wir auch in Zukunft unseren Wohlstand erhalten können. Deshalb lag einer unserer Fokusse in der vergangenen Legislaturperiode darauf, die Rahmenbedingungen für qualifizierte Fachkräfteeinwanderung zu verbessern, was uns mit der Einführung des Fachkräfteeinwanderungsgesetz gelungen ist. Gleichzeitig wollen wir die Anerkennungen von Ausbildungen, Berufsabschlüssen, etc. vereinfachen, um auch geflüchteten Menschen einen schnelleren Einstieg in einen Beruf zu ermöglichen. Dazu gehört auch der Ausbau von Integrationsmöglichkeiten, wie Sprachförderung, etc., welche wir vorantreiben möchten. Darüber hinaus sind wir uns als Sozialdemokratie den Herausforderungen bewusst, die in den letzten Jahren mit dem Thema Migration und Unterbringung geflüchteter Menschen in Deutschland einhergegangen sind. Insbesondere wollen wir weiter unsere Kommunen und Gemeinden bei der Unterbringung geflüchteter Menschen unterstützen, damit diese entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung stellen können, ohne die eigenen finanziellen Rahmenbedingungen zu torpedieren. Zum Gesamtbild gehört dazu, dass nicht jede Person, die in Deutschland Asyl beantragt, dieses erhält. Das bedeutet in der Konsequenz, dass diese Menschen nicht in Deutschland bleiben können. Sollten keine freiwilligen Ausreisen stattfinden, muss der Rechtsstaat Abschiebungen durchführen, um seine Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Neben den vielen asylberechtigten und legal nach Deutschland gekommenen Menschen kann unser Asyl- und Migrationssystem nur langfristig funktionieren, wenn der Staat gezielt gegen jegliche Formen der irregulären Migration vorgeht. Dies beinhaltet einerseits ein konsequentes Vorgehen gegen Schlepperbanden, die auf den Sorgen, Ängsten und Nöten von geflüchteten Menschen ein widerwärtiges Geschäftsmodell umsetzen. Gleichzeitig bedarf es koordinierten europäischen Aufnahmeprozessen, die eine faire Verteilung von zu uns geflüchteten Menschen gewährleisten. Innerhalb der EU haben wir als regierende Sozialdemokratie deshalb am Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) gearbeitet, welches im Jahr 2026 in Kraft tritt. Wir erhoffen uns davon geregelte Asylverfahren an der europäischen Außengrenze und eine faire Verteilung geflüchteter Menschen auf alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Bei der Umsetzung von GEAS werden wir uns zu jeder Zeit für menschenwürdige Unterbringungsverhältnisse in den Aufnahmeeinrichtungen an den europäischen Außengrenzen einsetzen. Als Landesvorsitzender der SPD Hessen teile ich Ihre Schlussfolgerung, dass wir nur dann eine lebenswerte Zukunft haben und wir als Gesellschaft wachsen können, wenn wir Vielfalt und die Menschen, die zu uns kommen, wertschätzen und

als Bereicherung für unser schönes Land betrachten. Damit einher geht den Menschen, die zu uns kommen, Respekt und Dankbarkeit entgegenzubringen und Ihnen alle Möglichkeiten zu bieten sich hier eine gute Zukunft mit Perspektive als vollwertiger Teil unserer Gesellschaft aufbauen zu können. Dafür kämpfen wir weiter.

Mit solidarischen Grüßen, SÖREN BARTOL LANDESVORSITZENDER SPD HESSEN

Julia Klöckner, CDU (Antwort vom 12.02.25)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben und Ihre Aufforderung, in der aktuellen Flüchtlings- und Migrationspolitik dem christlichen Menschenbild zu entsprechen. Ich kann Ihnen versichern, dass ich als Bundestagsabgeordnete die Werte des christlichen Menschenbildes bei meinen Entscheidungen stets berücksichtige – ich bin trotz auch vorhandener Kritik an meiner Kirche überzeugtes und zahlendes Kirchenmitglied.

Im Kern unseres christlichen Menschenbildes steht die Nächstenliebe. Jesus Christus hat uns gelehrt, unseren Nächsten zu lieben wie uns selbst. Diese Liebe gilt allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder Nationalität. Die Nächstenliebe fordert uns heraus, über den Tellerrand unserer eigenen Interessen hinauszuschauen und uns für die Bedürfnisse anderer Menschen einzusetzen, insbesondere für diejenigen, die in Not sind.

Gerade in der Flüchtlings- und Migrationspolitik wird die Bedeutung des christlichen Menschenbildes besonders deutlich. Menschen, die vor Krieg, Verfolgung oder Armut fliehen, sind oft traumatisiert und auf unsere Hilfe angewiesen. Es ist unsere christliche und humanitäre Pflicht, ihnen Schutz zu gewähren und ihnen eine Perspektive für die Zukunft zu geben. Aber das kann Deutschland nicht alleine und zur Nächstenliebe gehört auch, dass wir unsere Gesellschaft nicht überfordern.

Das Thema Migration und Flucht löst in der Bevölkerung auch Ängste und Unsicherheiten aus. Diese Sorgen nehme ich sehr ernst. Es ist wichtig, dass wir uns als Gesellschaft mit den Herausforderungen auseinandersetzen, die mit der Aufnahme und Integration von Asylsuchenden verbunden sind. Dazu gehört, die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, ihre Fragen zu beantworten und nach Lösungen zu suchen, die sowohl den Bedürfnissen der Schutzsuchenden als auch unseren Interessen als Aufnahmegesellschaft gerecht werden. Im Übrigen sind nicht alle Menschen, die zu uns kommen wollen, Flüchtlinge.

Unsere Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Die Zahl der Menschen, die in unser Land kommen und um Asyl bitten, ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Dies führt zu Problemen in verschiedenen Bereichen, wie der Unterbringung, der Bildung und der Integration. Wir müssen sicherstellen, dass neu ankommende Kinder angemessen beschult werden und Erwachsene die Möglichkeit haben, Deutsch zu lernen und sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass alle Menschen in

unserem Land, sowohl die, die schon lange hier leben, als auch die, die erst vor kurzem gekommen sind, ein gutes Leben führen können. Dies erfordert eine ausgewogene und nachhaltige Politik, die die Integration der Schutzsuchenden fördert, ohne die Ressourcen und Kapazitäten der Kommunen zu überlasten. Daher ist es wichtig, dass wir den Zuzug nach Deutschland regulieren und uns auf die Integration derjenigen konzentrieren, die bereits hier sind. Im Übrigen sind die allergrößte Anzahl derer, die zu uns kommen, junge Männer. Auch das macht das Zusammenleben nicht leichter.

Die Attentate von Mannheim, Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg haben uns gezeigt, dass wir als Gesellschaft wachsam sein und uns entschieden gegen jede Form von Gewalt und Extremismus stellen müssen. Diese Taten sind unvereinbar mit unseren Werten und unserem christlichen Menschenbild. Der Staat muss seine Bürger schützen! Dazu gehört auch eine bessere Zusammenarbeit der Polizei und der Behörden, eine konsequentere Durchsetzung von Ausreisepflichten und eine bessere Integrationsanforderung an die, die im Land bleiben dürfen.

Wir als Union setzen uns für eine Begrenzung des Zuzugs nach Deutschland ein und sehen dies als die Grundvoraussetzung dafür, denen, die wirklich in Not sind, helfen zu können und unserem christlichen Auftrag damit gerecht zu werden. Wir stehen damit für eine Asylpolitik im Sinne des christlichen Menschenbildes. Dazu gehört, dass wir Menschen in Not helfen, aber auch, dass wir die Sicherheit und das Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Dies erfordert eine Politik, die sowohl humanitäre Verantwortung als auch die Interessen der Aufnahmegesellschaft berücksichtigt. Humanität und Ordnung sind kein Widerspruch!

Ich hoffe, ich konnte Ihnen meine Position in der Flüchtlings- und Migrationspolitik ausreichend darlegen. Gerne können Sie meine Antwort öffentlich zugänglich machen.

Herzliche Grüße

Julia Klöckner

Martin Rabanus, SPD (Antwort vom 12.02.25)

Sehr geehrte Frau Kissel,

ich stehe ohne jede Einschränkung für Menschenrechte, eine humane Migrationspolitik und eine Gesellschaft, die auf Solidarität basiert. Gleichzeitig positioniere ich mich entschieden gegen Abschottung und rechte Hetze. Genau deshalb erschüttern mich die Ereignisse der vergangenen Sitzungswoche so sehr.

Unser Grundgesetz wurde vor dem Hintergrund des Schreckens von Auschwitz geschaffen – mit der klaren Lehre: Nie wieder dürfen Rechtsextreme an die Macht kommen. Dieser Grundkonsens unserer Republik steht nicht zur Debatte. Doch genau diesen Konsens hat ausgerechnet die Partei Adenauers, nur zwei Stunden nach dem Gedenken an 80 Jahre Befreiung des Konzentrationslagers, aufgekündigt. Das ist eine Schande.

Ich schließe mich der Kritik der Katholischen Deutschen Bischofskonferenz und von Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel an: Diese Grenzüberschreitung ist nicht akzeptabel. Sie verschiebt die Koordinaten unserer Republik in eine Richtung, die uns alle alarmieren muss. In meine Empörung und Enttäuschung mischt sich tiefe Sorge um die Zukunft unserer Demokratie. Denn wenn ein solcher Wortbruch und eine gemeinsame Abstimmung mit der AfD jetzt möglich sind, was kommt dann als Nächstes?

Ich teile Ihre Überzeugung, dass Menschenwürde nicht verhandelbar ist. Wer in diesem Wahlkampf Abschottung, Massenabschiebungen und Angstpolitik propagiert, verletzt nicht nur grundlegende humanitäre Prinzipien, sondern gefährdet die demokratische Ordnung. Es ist unsere Verantwortung als Demokratinnen und Demokraten, für eine Migrationspolitik einzutreten, die Integration ermöglicht und Menschen Schutz gewährt – anstatt sie auszugrenzen. Deutschland ist ein Rechtsstaat, und das Asylrecht ist ein unverrückbarer Bestandteil unseres Grundgesetzes.

Die AfD ist eine Gefahr für unsere Demokratie. Ihre völkisch-nationalistische Ideologie stellt Menschenrechte infrage, ihre Vertreter verachten das Parlament und untergraben unsere Institutionen. Sie hetzen, sie spalten, sie dulden Gewalt. Wer glaubt, man könne sie allein mit politischer Auseinandersetzung stoppen, ignoriert die Realität. Deshalb müssen wir den Weg nach Karlsruhe frei machen. Das Bundesverfassungsgericht muss prüfen, ob die AfD mit der Verfassung vereinbar ist. Ein Parteiverbot ist kein politisches Instrument, sondern ein Schutzmechanismus für unsere Demokratie. Und es ist höchste Zeit, diesen Schutz zu nutzen!

Mit freundlichen Grüßen
Martin Rabanus

Felix Döring, SPD (Antwort vom 19.02.25)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren Brief. Meine Antwort dürfen Sie selbstverständlich gerne veröffentlichen. Ihre Aufforderung "Integration statt Abschreckung" zum Leitspruch meines Handelns zu machen finde ich sehr treffend.

Mich erfüllt die problematische Vermischung der Themen Sicherheit und Migration mit Sorge. Ich bin überzeugt davon, dass eine falsche Sparpolitik unsere Probleme und auch den gesellschaftlichen Rechtsruck befeuert und nicht Migration. Wir dürfen im Bereich Integration und Prävention nicht sparen!

Ich bin der festen Meinung, dass wir nicht weniger, sondern mehr Migration brauchen. Und ich bin auch der Meinung, dass wir noch viel mehr Geflüchtete aufnehmen und integrieren könnten. Allerdings muss man das dann auch mit den notwendigen Ressourcen unterfüttern.

Für mich ist klar: Wir müssen mehr Präventionsarbeit leisten, anstatt repressive Maßnahmen

einzuführen. Mein Team und ich arbeiten zum Beispiel schon seit Jahren am Demokratiefördergesetz. Mit dem Gesetz wollten wir unter anderem die Islamismusprävention deutlich stärken. Die FDP-Spitzenebene blockierte sachfremd auch den Beschluss dieses ausgearbeiteten und im Koalitionsvertrag vereinbarten Gesetzes.

Ich möchte außerdem die wichtige Arbeit der psychosozialen Zentren hervorheben, die für Geflüchtete spezifische psychologische Beratung anbieten. Das Bundesfamilienministerium hat die Mittel schon für den Haushalt 2024 gekürzt, was ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss mit viel Einsatz zumindest in Teilen rückgängig machen konnte. Für 2025 hat das Ministerium aber erneut fast die Hälfte des Titels gekürzt (6 Millionen von 13 Millionen). Diese Kürzungen konnten wir nach dem Koalitionsende nicht rückgängig machen, sodass sie nun in Kraft sind. Und das, obwohl wir alle wissen, dass der Bedarf noch höher ist. Für das Handeln des Ministeriums in dieser Frage fehlt mir in diesen Zeiten das Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen
 Felix Döring, MdB

Ayse Asar, die GRÜNEN (Antwort vom 19.02.25)

Sehr geehrte Frau Kissel,

ich teile Ihre Haltung voll und ganz, da Migration ein zentrales humanitäres Thema ist, das in politischer Diskussion stets mit den Grundwerten unserer Gesellschaft im Einklang stehen sollte. Die Menschenrechte, insbesondere das Asylrecht, sind grundlegende Prinzipien, die es zu bewahren gilt. In einer Zeit, in der Abschottung immer lauter gefordert wird, sollten wir den Fokus auf Integration legen. Besonders wichtig ist, dass in einem Rechtsstaat wie Deutschland das Prinzip der Menschenwürde unantastbar bleibt, unabhängig von Herkunft oder Status.

Mir freundlichen Grüßen

Ayse Asar

Misbah Khan, die GRÜNEN (Antwort vom 20.02.25)

Sehr geehrte Frau Linck,

vielen Dank für Ihre Mail und Ihre klare Haltung zum Thema Asyl und Menschenrechte.

Ich teile Ihre Sorge über den scharfen Ton in der Debatte um Migration und die menschenrechtswidrigen Forderungen, die daraus abgeleitet werden. Die Migrationsdebatte läuft derzeit meiner Meinung nach in die völlig falsche Richtung. Natürlich muss man bestehende Probleme benennen, aber Migration pauschal als Sicherheitsrisiko für unser Land darzustellen ist sowohl realitätsfern als auch brandgefährlich. Das zeigt auch eine neue Studie des ifo-Instituts, die belegt, dass Migration nach Deutschland nicht zu einer höheren Kriminalitätsrate an den Zuzugsorten führt: <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2025-02-18/mehr-auslaender-erhoehen-die-kriminalitaetsrate-nicht>

Wie sie ganz richtig schreiben, braucht unser Land sogar Migration, um unser Sozial- und Wirtschaftssystem zu erhalten. Zudem ist es als Rechtsstaat unsere Verpflichtung uns an die Menschenrechte zu halten. Das Recht auf Asyl ist eine der Lehren aus dem 2. Weltkrieg und dem Holocaust, den Deutschland zu verantworten hat.

Deutschland ist bereits seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland, das durch gelungene Integration eine offene, vielfältige und tolerante Gesellschaft hat. Diese Werte müssen wir alle zusammen gegen die Feinde der Demokratie verteidigen!

Gerne können Sie meine Antwort auch veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Misbah Khan

Björn Simon, CDU (Antwort vom 20.02.25)

Sehr geehrte Frau Kissel,

sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihre Mail und Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit. Gerne will ich Ihnen hiermit eine Antwort zukommen lassen, die auch öffentlich zugänglich gemacht werden kann.

Ich kann Ihnen zunächst versichern, dass uns als CDU und auch mir ganz persönlich das christliche Menschenbild nach wie vor nicht nur überaus wichtig sind, sondern vielmehr im Mittelpunkt unseres Handelns steht. Wir setzen uns daher auch mit Nachdruck dafür ein, dass unsere christlichen Traditionen bewahrt werden. Deutschland ist geschichtlich, kulturell und wertemäßig tief vom christlichen Glauben geprägt. Die Kirchen leisten in unserem Land einen unverzichtbaren Beitrag für Bildung, Gemeinwohl und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dementsprechend bekennen wir uns im Übrigen auch klar zum Schutz der christlichen Feiertage und zur Sonntagsruhe sowie zur geregelten Kooperation zwischen Staat und Kirche. Ebenso sprechen wir uns dafür aus, Religion als ein ordentliches Schulfach aufzuwerten.

Unser christliches Menschenbild steht auch im Mittelpunkt, wenn es darum geht, den Ärmsten und Schwächsten auf der Welt zu helfen. Menschenrechte sind für uns universell, unteilbar und unveräußerlich. Auch deshalb sind wir der Ansicht, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, den notwendigen Schutz erhalten müssen. Gleichzeitig sind unsere Möglichkeiten aber begrenzt. Unser Rechtsstaat darf daher keine illegale Migration dulden und muss Ausreisepflichten durchsetzen. Weltoffenheit und Konsequenz, Humanität und Ordnung sind keine Gegensätze. Wir wollen daher unter einer CDU-geführten Bundesregierung die illegale Migration stoppen und die humanitären Aufnahmen auf ein Maß beschränken, das die Möglichkeiten Deutschlands nicht länger überfordert. Unser nationales Asylsystem braucht zügige Verfahren, sichere Identitätsfeststellungen und eine konsequente Umsetzung der Asylentscheidungen.

Darüber hinaus ist unserer Ansicht nach auch ein grundlegender Wandel des europäischen Asylrechts nötig. Wir wollen daher einen Reformprozess in der EU anstoßen, der das Konzept der sicheren Drittstaaten verwirklicht. Damit würden wir unserer humanitären Verantwortung auch weiterhin gerecht werden und tatsächlich schutzbedürftigen Menschen auch in Zukunft im Rahmen einer Kontingentlösung Schutz und Aufenthalt in Deutschland gewähren. Damit wenden wir uns gezielt an die Schwächsten und sorgen für mehr Humanität im Asylrecht. Stand heute ist unser Asylrecht eher ein Recht des Stärkeren, weil die Gefahren der Sahara und des Mittelmeers darüber entscheiden, wer es nach Europa schafft.

Abschließend hoffe ich, dass meine Antwort hilfreich für Sie war und freue mich auf den weiteren Austausch mit dem pax christi Regionalverband Rhein-Main.

Herzliche Grüße und eine gute Restwoche

Björn Simon